Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel Berlin, 14. Juni 1909

(Die Lage beim Zusammentritt des Reichstags. Die konservative Gegnerschaft und die Umdeutung des Begriffs der Besitzsteuern. Der Hansabund. Wieder einmal Deutschland und England.)

Die nachfolgenden Betrachtungen müssen mit Rücksicht auf den Druck dieses Heftes gerade am Vorabend des Wiederzusammentritts des Reichstags abgeschlossen werden. Gerade in diesen Tagen ist aber eine wesentliche Klärung der innerpolitischen Lage zu erwarten. Denn Fürst Bülow will so bald als möglich im Plenum des Reichstags das Wort ergreifen und die Stellung der verbündeten Regierungen entschieden zum Ausdruck bringen. Wenn also diese Zeilen in die Hand der Leser kommen, liegt ihnen aller Wahrscheinlichkeit nach diese Äußerung des leitenden Staatsmanns schon vor. Es kann daher an dieser Stelle nur ein Rückblick auf die Lage geworfen werden, wie sie sich in der vergangnen Woche dargestellt hat. Da kann man als unbefangner Beobachter und Berichterstatter nur von einer Verschlimmerung der Aussichten auf eine befriedigende Lösung, von einer Verschärfung der Gegensätze sprechen.

Die Konservativen scheinen mehr denn je von dem Gedanken beherrscht, daß sie nicht zurück können. Sie haben sich — das heißt die parlamentarische Vertretung der Partei, der größte Teil ihrer Presse und die vom Bund der Landwirte beherrschten Massen — derart auf die Gegnerschaft gegen die Erbschaftssteuer festgelegt, daß sie es jetzt für eine Ehrensache und beinahe für eine Existenzfrage der Partei halten, nicht nachzugeben. Es ist gar keine Frage, daß ein großer und gewichtiger Bruchteil derer, die bei den Wahlen und in sonstiger Betätigung ihrer politischen Gesinnung der konservativen Fahne folgen, in dem erwähnten Punkte anders denken und die jetzige Haltung der Partei schmerzlich empfinden, ja darüber entrüstet sind. Für sie, die sich vor allem deshalb zur konservativen Partei bekennen, weil sie in dieser politischen Anschauungsweise allein die feste und entschiedne Staatsgesinnung finden, die für sie der Ausgangspunkt und die Grundlage politischen Denkens ist, bedeutet es eine ganz neue und sehr bittere Erfahrung, daß die Führer und die einflußreichsten Kreise ihrer Partei bereit sind, das Staatsinteresse zu opfern, um das Parteiinteresse zu wahren; daß sie, nur um an dem festzuhalten, was sie einmal zum Prinzip erklärt haben, und woran nun vermeintlich die Autorität und die Machtstellung der Partei geknüpft ist, bei der Lösung einer nationalen Aufgabe völlig versagen. Vorläufig aber fehlt es diesen konservativen Kreisen, die sich der gegenwärtigen Führung der Partei entziehen möchten, an Mitteln, sich genügend zur Geltung zu bringen, denn die größern Parteiblätter sind in agrarischen Händen und unterdrücken rücksichtslos jede Meinung, die ihnen nicht paßt. Resolutionen und Parteiversammlungen werden, wenn sie noch so bescheiden und höflich ihre Vertreter im Reichstage um Änderung der bisherigen Haltung bitten, in der Deutschen Tageszeitung mit verletzender Geringschätzung und gehässigem Hochmut abgekanzelt, sodaß die abweichenden Stimmen als Verräter am Prinzip und als Überläufer gebrandmarkt erscheinen. Es zeugt schon von besondrer Rücksicht und besonderm Wohlwollen, wenn einzelne dieser Widersetzlichen mit milder Überlegenheit darauf verwiesen werden, daß die Abgeordneten als Vertreter des ganzen deutschen Volkes nach ihrer freien Überzeugung zu stimmen haben, daß es sich also den Wählern nicht geziemt, durch Resolutionen auf sie einzuwirken. Was aber die agrarisch-konservativen Blätter nicht hindert, in derselben Spalte, in der diese Ermahnung erteilt wird, mit besondrer Zu-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

stimmung und großer Anerkennung die ausgiebige Liste aller der Resolutionen zu bringen, die von ihren eignen Leuten im Anschluß an eine von Unwahrheiten und Übertreibungen strotzende Rede irgendeines agrarischen Heißsporns vorgeschlagen und natürlich einstimmig genehmigt werden. Einzelne hervorragende Konservative, die sich dem Zwange nicht beugen, wie zum Beispiel General Litzmann, der im Wahlkreise Neuruppin die dissentierenden Konservativen mobil zu machen versuchte, werden nach dem altbewährten Rezept der Kreuzzeitung einfach dadurch über den Haufen gerannt, daß sie öffentlich für „liberal" erklärt werden; es nützt ihnen nichts, daß sie sich selbst als konservativ bekennen, stets konservativ gewählt haben und sich ein langes Leben hindurch in konservativem Sinne betätigt haben. Stellenweise helfen sich die konservativen Wähler aus diesem Konflikt heraus durch Austritt aus den Vereinen und Parteiorganisationen, aber auch das ficht die Parteileitung wenig an, weil sich diese Erscheinung meist auf Kreise beschränkt, in denen die Konservativen ohnehin nicht allzuviel Aussichten haben, zum Beispiel die Berliner Vororte. Vorläufig glaubt die konservative Parteileitung anscheinend am besten zu fahren, wenn sie sich dem Bund der Landwirte einfach unterwirft. Sie glaubt die Beamten, Offiziere, unabhängigen Privatleute, Geistlichen, Lehrer und Vertreter des gebildeten Mittelstandes entbehren zu können, die zwar die Bedeutung der Landwirtschaft würdigen und für ihre Interessen ein warmes Herz haben, die aber die Wahrung dieser Interessen nicht zum Schaden andrer berechtigter Erwerbszweige ausgeübt sehen wollen, und die vor allem nicht ihre Staatsgesinnung um eines Parteimachtkitzels preisgeben wollen.

Man müßte sich scheuen, diesen Vorwurf gegen eine Partei auszusprechen, die — wie sehr sie vielleicht in Einzelheiten geirrt haben mag — doch bisher ihre Prinzipien und ihre Doktrin in Einzelfragen niemals in den Vordergrund gestellt hat, wo das erste, oberste und allgemeinste ihrer Prinzipien in Frage stand, die Wahrung eines ausgesprochnen, allgemein anerkannten Staatsinteresses. Gerade weil dies doch zuletzt immer das entscheidende gewesen ist, niemals die Doktrin, hat die konservative Partei im großen und ganzen immer das Heft in der Hand behalten. Es sieht deshalb für den unbefangnen Beobachter so außerordentlich unwahrscheinlich aus, daß die konservative Partei jetzt ernstlich ihre alten Traditionen verlassen sollte. Aber man kann sich der Tatsache gleichwohl nicht länger verschließen, nicht nur weil jeder andre Erklärungsversuch für die Haltung der Partei fehlschlägt, sondern auch vor allem deshalb, weil es in der Parteipresse mehr oder weniger offen eingestanden wird. Nachdem vor kurzem zum Beispiel die Kreuzzeitung eine Ausführung der Vossischen Zeitung, die in diesem Sinne gehalten war, abgedruckt und nicht, wie man nach den sonstigen Ergüssen des konservativen Blattes erwarten sollte, als Verleumdung gebrandmarkt, sondern mit Bemerkungen begleitet hat, die nur als Bestätigung aufgefaßt werden können — nachdem verschiedne öffentliche Behauptungen der gleichen Art, darunter solche, die — wie einige Artikel des freikonservativen Politikers Freiherrn von Zedlitz — mit der Absicht, zu vermitteln, geschrieben waren, ohne Widerspruch geblieben sind, wird man ruhig sagen können: es sind wirklich keine Gründe eines sachlich unbefangnen Patriotismus, es sind vielmehr hauptsächlich Besorgnisse um den Einfluß der Partei, um ihre Machtstellung, ja um ihre Existenz, die zu der Verschärfung des Widerstands der Konservativen geführt haben. Es heißt also wirklich in diesem Falle: Erst die Partei, dann das Vaterland!

Freilich ein Standpunkt, den man in seiner Kurzsichtigkeit kaum verstehn kann! Die konservative Partei gibt ihre stärkste Stellung, unter ihren Prinzipien das, dem die größte Möglichkeit praktischen Erfolgs und positiver Macht, mithin auch die größte werbende Kraft innewohnt, auf, um sich die Gefolgschaft der

demagogisch bearbeiteten Massen zu sichern, die der Bund der Landwirte organisiert hat und mit allen Mitteln gewissenloser Irreführung zusammenhält. Das mag vielleicht für den Augenblick begreiflich, manchen sogar klug erscheinen, aber es fällt in sich zusammen, wenn man ein wenig über die gegenwärtige Lage hinaussieht. Denn der Bund der Landwirte ist und bleibt auf die konservative Partei angewiesen; er muß die konservative Parteileitung auch dann unterstützen, wenn sie ihm nicht den Willen tut. Es gibt eben keine andre Partei von Bedeutung, an die sich der Bund anschließen könnte. Die konservative Partei ist also der Agrarier sicher, auch wenn sie etwas tut, was vom Bunde nicht gebilligt wird. Dagegen kann der Bruch mit zahlreichen einflußreichen, gebildeten und zuverlässigen Elementen der städtischen Bevölkerung, zu denen sich im entscheidenden Augenblick eine große Zahl aufgeklärter, selbständig denkender und selbstlos patriotisch empfindender Landwirte gesellen wird, für die konservative Partei sehr unbequem, ja vielleicht verhängnisvoll werden.

Die Konservativen würden vielleicht trotz alledem nachgegeben haben, wenn sie nicht den Ausweg gefunden hätten, mit Hilfe des Zentrums der Regierung die bekannten Vorschläge zu unterbreiten, die angeblich eine Lösung der Reichsfinanzreform bedeuten sollen. Daß sie das in Wahrheit nicht sind, ist ja bekannt. Man hat sich, um die Täuschung zu bemänteln, an das Wort „Besitzsteuern" geklammert, darunter jede Steuer, die nicht den Verbrauch, sondern irgendein Eigentum trifft, verstanden und sich nun berechtigt geglaubt, bestimmte Arten von Eigentum zu besteuern. Man stellt sich taub gegen den Einwurf, daß der allerdings nicht präzise Ausdruck „Besitzsteuer", der zum Zweck einer möglichst kurzen Verständigung in den politischen Sprachgebrauch nun einmal eingeführt worden ist, im Zusammenhang der Dinge nicht die Bedeutung hat, die ihm die Konservativen beilegen wollen. Die Besteuerung bestimmter Abarten von Eigentum kann nicht als Äquivalent dienen für die Erhöhung der Verbrauchssteuern, die in ihrer nächsten unmittelbaren Wirkung alle Konsumenten gleichmäßig, mithin den minderbemittelten Konsumenten relativ höher belastet als den wohlhabenden. Der Einwand, daß diese Wirkung der Massenverbrauchssteuern — die eigentlichen Luxussteuern scheiden hier aus — doch in der Regel wieder ausgeglichen wird durch Lohnerhöhungen oder Abwälzung der Last auf andre Schultern in irgendeiner Gestalt, kommt hier nicht in Betracht, denn erstens tritt diese Nachwirkung erst allmählich ein, und zweitens sollten in einem Zeitalter der sozialen Gärung und der Klassengegensätze gewisse Imponderabilien nicht leichtfertig beiseitegesetzt werden. Geht man überdies von dem ursprünglichen Gedanken aus, daß sich Konservative und Liberale über die Grundzüge der Finanzreform einigen sollten, so muß man ehrlich sagen, daß es kein zu hoher Preis war, als die Liberalen ihre Zustimmung zu einer so bedeutenden Erhöhung der Massenverbrauchssteuern — notabene einer Steuerreform, die sie nach ihren Parteiprinzipien ebenso entschieden verwerfen wie die Konservativen die Deszendentensteuer — von der Zustimmung der Konservativen zu einer Besteuerung des Besitzes abhängig machten. Was konnte nun in diesem Zusammenhang unter einer solchen Besitzbesteuerung verstanden werden? Das ergibt sich doch eben aus dem Zusammenhang selbst. Die Massenverbrauchssteuern — so ist der Gedankengang — wirken dadurch, daß sie den Verbraucher unabhängig von seinem Vermögensstand treffen, den armen ebenso wie den reichen, sozial ungerecht; ein Ausgleich wird also dadurch gewonnen, daß in dem Augenblick, wo diese unterschiedslose Belastung notgedrungen eintreten muß, zugleich dem reichern Steuerzahler eine größere Last auferlegt wird. Also es handelt sich nicht darum, von einem Rittergut, von einem Wertpapier, von einem Gebäude, einem Bergwerk, oder was sonst als Besitz gelten kann, eine Abgabe einzuziehen, sondern eine Steuer zu schaffen, die den Besitzer

eines größern Vermögens unter allen Umständen mehr belastet als den Besitzer eines geringern. Solange die Konservativen diese Bedingung nicht erfüllt haben, rühmen sie sich zu Unrecht, dem Staate „Besitzsteuern" in der geforderten Höhe angeboten zu haben.

Allerdings besteht ja die Schwierigkeit, daß außer der Nachlaß- oder Erbanfallsteuer bisher trotz dem angestrengten Nachdenken der bewährtesten Fachmänner und Parlamentarier keine mit der Reichsverfassung vereinbare Besitzsteuer in dem vorhin auseinandergesetzten Sinne aufgefunden worden ist. Die Konservativen haben nur mit Hilfe einer Umdeutung des Begriffs der Besitzsteuern eine Scheinlösung der Aufgabe finden können; darum bleibt der Regierung aus sachlichen Gründen nichts andres übrig, als an der Erbanfallsteuer festzuhalten.

Gegen die konservativ-klerikalen Vorschläge haben sich jetzt auch die Kreise der Industrie und des Handels zur Abwehr aufgerafft. Wie sich der neue „Hansabund", der als Protest gegen das Treiben des Bundes der Landwirte gegründet worden ist, entwickeln wird, steht noch dahin. Aber es wäre bei den Gefahren der jetzigen Lage wünschenswert, daß eine ernste Initiative von der andern Seite und eine Abkehr von der matten, unfruchtbaren Negation, mit der die Liberalen bisher allein den Konservativen entgegengetreten sind, dazu beitrüge, doch noch einen Weg zur Verständigung und Klärung zu schaffen.

Während die Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Nikolaus vorbereitet wird, werden die Blicke der politischen Welt wieder aufs neue auf das Verhältnis zwischen Deutschland und England gelenkt. Manche werden der Ansicht sein, daß die Vorgänge auf dem britischen Pressekongreß in der letzten Woche den Horizont wieder verdüstert haben. Viele Zeitungen weisen deshalb auf den Gegensatz hin, der zwischen der aufgeregten Stimmung jenes Kongresses mit den pessimistischen und alarmierenden Äußerungen von Lord Rosebery und Sir Edward Grey einerseits und den letzten deutsch-englischen Besuchsveranstaltungen mit ihren Friedenstoasten und Freundschaftsversicherungen bestehen soll. Wer unsre Bemerkungen darüber im letzten Reichsspiegel aufmerksam gelesen hat und ihnen zustimmt, wird verstehen, daß wir diese Auffassung nicht ohne weiteres für richtig halten können. Der deutsch-englische Besuchsaustausch ist der langsam wirkende Versuch einer Gegenarbeit gegen gewisse Einflüsse, die geeignet sind, zwei große Völker, die recht gut Seite an Seite wirken könnten und sollten, gegeneinander zu hetzen. Man soll eine solche Arbeit nicht unterlassen und sie nicht gering schätzen, weil sie nicht sofort und nicht allen sichtbar zum Ziele führt. Man soll sie aber auch nicht überschätzen, d. h. ihr nicht Wirkungen zuschreiben, die sie natürlich nicht haben kann. Man soll also weder solche Verständigungsversuche voreilig zur Grundlage einer unberechtigten politischen Vertrauensseligkeit nehmen und etwa um einiger freundlicher Trinksprüche willen ans Abrüsten gehn, noch soll man blindlings alles zusammenwerfen, wenn trotz allen Freundschaftsbezeugungen auf der andern Seite immer noch etwas passiert, was zur Vorsicht mahnt. Hier sind eben zwei Tätigkeiten, die unabhängig nebeneinander hergehn. Einmal die ruhige, unbeirrte Arbeit der verständigen Leute beider Nationen, die durch Schaffung persönlicher Beziehungen zwischen gebildeten Kreisen in beiden Ländern und durch einfache Aufklärung im freundschaftlichen Verkehr zwischen Ehrenmännern aus den Beziehungen der beiden Nationen alles das wenigstens hinwegräumen wollen, was lediglich auf Unkenntnis und Mißverständnis beruht. Daneben, unabhängig davon, die selbstverständliche Pflicht unsrer verantwortlichen Staatsmänner und des ganzen Volks, die eignen Interessen auf alle Eventualitäten hin wahrzunehmen, gleichviel ob das im Auslande mißverstanden wird oder nicht. Dabei wird es aber gut sein, sich zu erinnern, daß man ausländische Vorgänge,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

um sie richtig zu verstehn, nicht ganz und gar nach den Wirkungen beurteilen muß, die sie auf unsre Vorstellung ausüben. England erkennt die Notwendigkeit, mit allen Mitteln auf eine Verstärkung seiner Wehrmacht hinzuwirken. Die Mittel, mit denen ein englischer Staatsmann die öffentliche Meinung seines Landes für die Lösung dieser von Hause aus wenig volkstümlichen Aufgabe gewinnen muß, sind andre, als sie ein deutscher Staatsmann in gleicher Lage anwenden müßte. Der Hinweis auf das Wachstum der deutschen Seemacht ist für die englischen Staatsmänner das bequemste und wirksamste Mittel. Auf wen sollen sie sonst exemplifizieren? Auf Amerika, das sich ebenfalls eine große Flotte geschaffen hat und sich jederzeit eine noch größere schaffen kann? Das wäre viel zu gefährlich, denn Bruder Jonathan wird von England grundsätzlich wie ein rohes Ei behandelt; er könnte dergleichen ernstlich übelnehmen. Auf Frankreich, das seine Flotte mit einem Milliardenopfer aufbessern will? Auch das ist nicht ratsam; auch würde es im englischen Volke schwer verstanden werden, daß der Nachbar über dem Kanal trotz Entente cordiale als möglicher Gegner in den Kalkul eingestellt werden soll. Aber die Vorstellung von der deutschen Gefahr findet Glauben im Volk, und die englischen Staatsmänner wissen dabei ganz genau, daß Deutschland eine wirklich friedfertige Macht ist, daß also das Spiel mit dem Feuer voraussichtlich ungefährlich verläuft, solange nicht die Hetzer in England selbst die öffentliche Meinung so weit auf ihre Seite bringen, daß die verantwortlichen Führer der Nation selbst zum Angriff auf Deutschland gezwungen werden. An diese Möglichkeit glauben offenbar Leute wie Lord Rosebery, Sir Edward Grey, Haldane, Lord Roberts, Lord Cromer, und wer sonst noch von hoher Stelle aus das Invasionsgespenst beschwören mag, ihrerseits durchaus nicht; eben deshalb bedienen sie sich rücksichtslos dieses Mittels zu ihrem Zweck. Die Folgerung für uns ist einfach. Wir müssen fortfahren, in dem Rahmen, den wir genau vor aller Welt abgesteckt haben, für unsre Kriegsmacht zur See zu sorgen, unsre Rüstung in gutem Stande halten, aber auch nicht nervös werden, indem wir unsrerseits beständig nach dem Stimmungsbarometer jenseits des Kanals sehen. Wenn gerade jetzt anläßlich des britischen Pressekongresses plötzlich wieder das Alarmhorn geblasen wird, so ist das sehr einfach zu erklären. Die Herren, die da aus Australien, Kanada und Südafrika nach London zusammengekommen waren, konnten nicht durch bloßes Antippen in die gewünschte Richtung geschoben werden. Ihnen mußten stärkere Dosen verschrieben werden. Politische Wünsche und Erwägungen des Mutterlandes genügten da nicht. Die Frage mußte in Zusammenhang mit einer ernsten Gefahr gebracht werden, die geeignet sein würde, die Grundfesten der wirtschaftlichen Stellung des gesamten britischen Weltreichs zu erschüttern. Darum ließen die Regisseure des Dramas über den Hintergrund der Bühne einige Wolkenkulissen herab und gaben dem Maschinisten das Zeichen zum „Wetterleuchten". Wir Deutschen aber wollen uns zwar ohnehin einen guten Blitzableiter auf unserm Hause halten; doch ist nicht einzusehen, warum wir uns über das Londoner Theatergewitter beunruhigen sollen.

Finanzwissenschaftliche Literatur. Bei der Erfindungsgabe der Finanzkommission des Reichstags im Ausklügeln neuer Steuerprojekte, die zum Teil den schärfsten Protest hervorrufen, wird es interessieren, die Steuersysteme des Auslandes zu betrachten. Dabei wird man die Entdeckung machen, daß gar mancher der anscheinend neuartigen Vorschläge den ausländischen Verhältnissen entlehnt ist, nur scheint es, als habe die Kommission bei der Hast, mit der die neue Mehrheit nach geeigneten Objekten sucht, das alte Wort vergessen: Eines schickt sich nicht für alle. Was beispielsweise in Frankreich möglich war — und doch nicht ohne Schaden für das Land —, nämlich die Belastung des Wertpapierhandels mit hohen Steuern, ist

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in Deutschland mit Rücksicht auf die grundverschiednen wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden Länder unter keinen Umständen ratsam. Wir machen unsre Leser zur nähern Orientierung auf die kurze, klare und zuverlässige Darstellung des Geheimen Oberfinanzrats O. Schwarz über Die Steuersysteme des Auslandes (Sammlung Göschen) aufmerksam. In demselben Verlage ist van der Borghts Finanzwissenschaft in dritter Auflage erschienen. Die beiden Bändchen bedürfen keiner neuen Empfehlung. Der erste Band, der allgemeine Teil, erläutert Begriff und Aufgaben der Finanzwissenschaft und stellt die Wirtschaft der öffentlichen Gemeinwesen, den Geldbedarf und seine Deckung dar, während der zweite Band die spezielle Steuerlehre enthält. — Schließlich ist noch von aktuellem Interesse die gründliche Arbeit von Dr. Hermann Speck über Die finanzrechtlichen Beziehungen zwischen Reich und Staaten (Breslau 1908, M. und H. Marcus). Der Verfasser will mit seiner Arbeit eine Lücke ausfüllen, die in der Literatur vorhanden ist. Die unhaltbaren Zustände in der Finanzwirtschaft des Reiches haben wohl eine umfangreiche Spezialliteratur auf dem Gebiete des Reichsfinanzrechts entstehen lassen, doch fehlte eine Arbeit, die die Beziehungen zwischen Reich und Gliedstaaten in ihrer Gesamtheit behandelt. Diese Aufgabe löst der Verfasser im großen und ganzen, wenn auch ein völliges Erschöpfen des Themas auf 200 Druckseiten nicht möglich war. Auf einen wesentlichen Irrtum möchten wir hinweisen, der entschuldbar wäre, weil selbst ein Laband in ihn verfallen ist, wenn nicht in der Presse seit etwa Jahresfrist der Irrtum bis zum Überdruß erörtert worden wäre. Der Verfasser behauptet im Kapitel über die Schulden (S. 105), die Reichskassenscheine seien kein gesetzliches Zahlungsmittel, weil(!) ihnen der Zwangskurs fehle. Durch die neue Bankgesetznovelle ist den Noten der Reichsbank die Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel beigelegt worden, nicht aber sind sie mit Zwangskurs, an den wir höchstens im Falle eines unglücklichen Krieges denken könnten, versehen worden, vielmehr bleibt die Reichsbank verpflichtet, ihre Noten jederzeit in Gold einzulösen.

Wippermanns Deutscher Geschichtskalender. Es gehört zu den Vorzügen dieser unvergleichlichen, im Grenzbotenverlag erscheinenden Weltchronik, daß sie nicht bloß die im engern Sinne politischen Begebenheiten aufnimmt, sondern auch viele Vorkommnisse und Kundgebungen, die für das Kulturleben im allgemeinen wichtig sind. So finde ich im vorliegenden zweiten Bande des Kalenders für 1908 eine Reihe von wichtigen Kundgebungen auf kirchlichem Gebiete, die ihrerzeit manchem aufmerksamen Zeitungleser entgangen sein mögen. Das offne Wort an die deutschen Bischöfe, das die katholische Zeitschrift „Das zwanzigste Jahrhundert" gewagt hat (es wird darin die Begünstigung des Lourdesschwindels durch die Organisierung deutscher Pilgerzüge gegeißelt), kann auch an stark hierarchisch gepanzerten Kirchenfürstenherzen unmöglich ganz wirkungslos abgeglitten sein und wird darum vielleicht eine Wendung angebahnt haben in der Haltung des deutschen Episkopats gegenüber einem schädlichen Volksaberglauben, den man schont, weil man durch seine offne Bekämpfung die Grundlagen der Kirche zu erschüttern fürchtet, was für die Haltbarkeit dieser Grundlagen kein günstiges Vorurteil erweckt. An Vorkommnissen, über die der politisch Interessierte auch in Zukunft, wenn die Zeitung nicht mehr davon spricht, genau informiert zu sein wünscht, und die ihm darum den immer zuverlässigen Wippermann unentbehrlich machen, hat es in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres wahrlich nicht gefehlt. Es sei nur erinnert an die Veröffentlichung des Daily Telegraph und ihre Wirkungen, an die sich unter wechselnden Aspekten fortentwickelnden deutsch-englischen Beziehungen, an die Annexion Bosniens und die übrigen kleinen Explosionen in der südlichen Pulverkammer unsers Kontinents. C. J.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG